

# Stellungnahme



## **Gemeinsame Stellungnahme von BVMW und CEA-PME zur öffentlichen Konsultation zu Änderungen der „Capital Requirement Directive“ (CRD - Kapitalanforderungsrichtlinie).**

Verantwortliche Stelle: DG Internal Market and Services, Banking and Financial Conglomerates Unit

Frist zur Einreichung: 16.04.2010

---

### **Hauptargumente der Stellungnahme:**

- 1.) Auswirkungsstudien müssen die Konsequenzen der geplanten Regelungen auf die Finanzierungsmöglichkeiten des Mittelstands berücksichtigen.
- 2.) Kredite an mittelständische Unternehmen unterliegen höheren Risikogewichten als andere Anlageklassen. Deshalb würde eine Anhebung der durchschnittlichen Eigenkapitalhinterlegungsquoten das Kreditangebot an mittelständische Unternehmen überproportional beeinträchtigen. Eine Verringerung dieser Ungleichbehandlung würde zur Stabilisierung des Bankensystems beitragen.

---

## **Die Auswirkungen auf den Mittelstand beachten**

### **Regulierung ist kein Selbstzweck**

Zur Diskussion um die vierte Kapitalanforderungsrichtlinie aus der Sicht der mittelständischen Unternehmen in Europa

### **Einleitung**

Der Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) vertritt zusammen mit seinen Partnerverbänden die Interessen von mehr als 150.000 Mitgliedern. Die „Confédération Européenne des Associations de Petites et Moyennes Entreprises“ (CEA-PME) ist der unabhängige Dachverband nationaler Unternehmensvereinigungen aus ganz Europa. Als Interessenvertretung unserer Mitglieder verfolgen wir die geplante Überarbeitung der Kapitalanforderungsrichtlinie: Bei allen Regulierungsvorgaben für den Finanzsektor muss

darauf geachtet werden, dass die Finanzierungsmöglichkeiten des Mittelstands in Europa nicht weiter beschränkt werden.

## Die Aufgabe der Banken

Die wichtigste Aufgabe von Banken ist die Transformation von privaten Ersparnissen zu Krediten. Banken finanzieren unternehmerische Aktivitäten. In der Europäischen Union sind zwanzig Millionen mittelständische Unternehmen abhängig von Bankkrediten, da sie im Gegensatz zu den Konzernen keinen direkten Zugang zu den Kapitalmärkten haben. Mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat der europäischen Wirtschaft. 99,8 Prozent aller Unternehmen gehören zum Mittelstand<sup>1</sup>.

Regulierung muss Banken befähigen und anleiten, ihre volkswirtschaftliche Hauptaufgabe zu erfüllen. Banken tragen eine wichtige gesellschaftliche Verantwortung, indem sie die Finanzierung eines nachhaltigen Wirtschaftswachstums sicherstellen. Deshalb darf die EU Kommission nicht einseitig auf die Wirkungen der vorgeschlagenen Regulierungsmaßnahmen auf den Bankensektor blicken. Vielmehr dürfen die Folgen für die Kreditkonditionen der mittelständischen Unternehmen nicht vernachlässigt werden. Die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise wurde nicht durch mittelständische Unternehmen verschuldet. Die Vielfalt kleiner und mittlerer Unternehmen ermöglicht Banken bei der Kreditvergabe vielmehr eine beachtliche Risikodiversifikation, die auch ohne Verbriefungsinstrumente genutzt werden kann.

Dennoch diskriminieren die Kapitalanforderungen der Basel II Richtlinie Kredite an mittelständische Unternehmen zu Gunsten anderer, riskanterer Anlageklassen, insbesondere wenn diese mit Ratings externer Ratingagenturen versehen sind. Dabei handelte es sich beispielsweise um Verbriefungen von amerikanischen Immobilienkrediten oder um griechische Staatsanleihen. Im Gegensatz dazu werden Kredite an mittelständische Unternehmen mit höheren Risikogewichten von fünfundsiebzig bis über hundert Prozent belastet<sup>2</sup>. Aufgrund Asymmetrie bei den Risikogewichten hätte eine pauschale Anhebung der Eigenkapitalhinterlegungsquoten eine überproportional negative Wirkung auf das Kreditangebot an mittelständische Unternehmen. Anstatt die mittelständischen Unternehmen zu benachteiligen, empfehlen wir die Asymmetrie zwischen den Anlageklassen zu vermindern, um eine größere Stabilität im Bankensektor zu erreichen.

---

<sup>1</sup> Eurostat statistical books (2009): European Business – Facts and figures, S. 47 f.

<sup>2</sup> Ohoven, Mario (2009): Kommentar: Die Kreditklemme ist Regulierungsversagen, ifo Schnelldienst 15/2009, vol. 62., August 14, 2009, S. 13-15

## Die Kreditklemme und das Rating

Wir stimmen zu, dass die Bankenregulierung verändert werden muss. Mehrere Studien beschreiben die Zusammenhänge zwischen externen Ratingagenturen, der kurzfristigen Gewinnorientierung, den Vergütungssystemen in den Banken und der Geldpolitik, die zu der gegenwärtigen Krise führten<sup>3</sup>. Aufgrund der Wechselwirkungen zwischen Ratings und Kapitalanforderungen regen wir an, dass die Ansätze zur Begrenzung der Macht der externen Ratingagenturen ebenfalls zum Gegenstand der neuen Kapitalanforderungsrichtlinie gemacht werden. Ebenso müssen Transparenzanforderungen für interne Ratings formuliert werden, damit sich der Ratingprozess nicht länger als eine „black box“ für Bankkunden darstellt.

Mit den gegenwärtigen Vorschlägen zur Kapitalanforderungsrichtlinie steigt das Risiko einer schweren, europaweiten Kreditklemme. Die Einführung zusätzlicher bankinterner und – externer Kapitalpuffer, die Beschränkung der Eigenkapitalbestandteile und die permanenten Liquiditätstests könnten das Kreditangebotsverhalten noch restriktiver werden lassen. Werden diese Effekte nicht ausgeglichen, würden sich die Finanzierungsmöglichkeiten mittelständischer Unternehmer dramatisch verschlechtern. Die Kreditklemme des Jahres 2003 gilt hier als Mahnung, welche negative Folgen Regulierungsvorgaben für den Banksektor auf die Realwirtschaft haben kann.

Bereits vor der Einführung warnten der BVMW und CEA-PME vor den prozyklischen Effekten von Basel II. In der Rezession verschlechtern sich die Finanzierungsmöglichkeiten mittelständischer Unternehmen automatisch. Aber die geplanten Kapitalpuffer, die zum Ausgleich dieses Effekts vorgeschlagen werden, garantieren keine Verbesserung, wenn diese auch für Vergütungen, Boni oder zur Kompensation von Verlusten aus hochriskanten Spekulationsgeschäften verwendet werden können. Wir zweifeln an der grundsätzlichen Fähigkeit von Banken zu bewusst antizyklischem Verhalten. Die bessere Lösung wäre, das Prinzip der "automatischen Bonitätsanpassungen" gemäß Basel II zu ändern.

---

<sup>3</sup> zum Beispiel: Welfens, Paul J. J. (2009): Transatlantische Bankenkrise, Europäische Integration und Digitale Weltwirtschaft Band 1, Lucius & Lucius Verlag, Stuttgart

Larosière, Jacques de (2009): The high-level group of financial supervision in the EU – Report, 25 February 2009, Brussels

## **Eine Auswirkungsstudie für die Realwirtschaft ist erforderlich**

Aufgrund der zentralen Bedeutung der Banken für die Volkswirtschaft und den möglichen Konsequenzen einer unbedachten Regulierung, empfehlen wir dringend, durch zwei unabhängige Auswirkungsstudien die Folgen für die Finanzierung mittelständischer Unternehmen zu analysieren. Diese Studien sollte auch nationale Maßnahmen, wie etwa die Bankenabgabe, berücksichtigen. Mindestens eine Studie sollte sich primär mit den Kreditkonditionen, etwa den zusätzlichen Anforderungen an Sicherheiten, befassen.

Nach einer Erhebung der Europäischen Zentralbank berichten im zweiten Halbjahr 2009 zweiundvierzig Prozent der mittelständischen Unternehmen in Europa von Problemen, Bankkredite zu erhalten. Achtzehn Prozent berichten von Kreditablehnungen und fünfunddreißig Prozent von steigenden Zinssätzen. Über alle Wirtschaftssektoren hinweg, berichten mittelständische Unternehmen von restriktiveren Kreditbedingungen<sup>4</sup>. Diese Zahlen sind alarmierend. Änderungen der Bankenregulierung müssen diesen Umstand berücksichtigen, um weiteren makroökonomischen Schaden abzuwenden. Leider bezieht sich die bislang geplante Auswirkungsstudie zu CRD4 einzig auf die Auswirkungen auf Bilanzen der Banken, was ein sehr einseitiger Blickwinkel ist.

BVMW und CEA-PME werden den Prozess weiter konstruktiv begleiten. Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt dabei der Interessenabwägung zwischen einer umfassenden Bankenregulierung und den Finanzierungsmöglichkeiten zukünftigen Wachstums.

### Kontakt:

Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW) e.V.  
Abteilung Volkswirtschaft  
Dr. Michael Vogelsang  
Leipziger Platz 15, 10117 Berlin  
Tel: +0049 - 30 - 533 206 12  
eMail: [politik@bvmw.de](mailto:politik@bvmw.de)

---

<sup>4</sup> European Central Bank (2010): Survey on the access to finance of small and medium-sized enterprises in the euro area: Second half of 2009, 16 February 2010 S. 1 ff., S. 8